

**Anträge**

Der Kläger beantragt,

- die Gehaltsabrechnung des Klägers für den Monat Juni 2014 aufzuheben, soweit darin erstmals Art. 8 des Anhangs VII des Status in der seit dem 1. Januar 2014 geltenden Fassung angewandt wurde, um die Erstattung seiner Reisekosten festzusetzen;
- soweit erforderlich, die Musterentscheidung vom 15. Oktober 2014 aufzuheben, mit der seine Beschwerde zurückgewiesen wurde;
- der Kommission die Kosten aufzuerlegen.

---

**Klage, eingereicht am 26. Januar 2015 — ZZ u. a./Kommission****(Rechtssache F-13/15)**

(2015/C 089/62)

*Verfahrenssprache: Französisch***Parteien**

*Kläger:* ZZ u. a. (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte J.-N. Louis, R. Metz, N. de Montigny, D. Verbeke und T. Van Lysebeth)

*Beklagte:* Kommission

**Streitgegenstand und Beschreibung des Rechtsstreits**

Aufhebung der Entscheidungen, mit denen die Ansprüche der Kläger auf Erstattung der jährlichen Reisekosten gemäß Art. 8 des Anhangs VII des Beamtenstatuts in der Fassung der Verordnung Nr. 1023/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Union und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union festgesetzt werden

**Anträge**

Die Kläger beantragen,

- Art. 8 des Anhangs VII des Statuts für rechtswidrig und unanwendbar zu erklären;
- die Entscheidungen, mit denen jede Erstattung der jährlichen Reisekosten der Kläger ab dem Jahr 2014 abgeschafft wird, aufzuheben;
- der Kommission die Kosten aufzuerlegen.

---

**Klage, eingereicht am 26. Januar 2015 — ZZ u. a./Kommission****(Rechtssache F-14/15)**

(2015/C 089/63)

*Verfahrenssprache: Französisch***Parteien**

*Kläger:* ZZ u. a. (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte S. Orlandi und T. Martin)

*Beklagte:* Europäische Kommission

**Streitgegenstand und Beschreibung des Rechtsstreits**

Aufhebung der Entscheidungen über die Festsetzung der Ansprüche der Kläger auf Erstattung der jährlichen Reisekosten in Anwendung von Art. 8 des Anhangs VII des Statuts der Beamten in der durch die Verordnung Nr. 1023/2013 des Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 zur Änderung des Statuts der Beamten und der Beschäftigungsbedingungen der sonstigen Bediensteten geänderten Fassung

**Anträge**

Die Kläger beantragen,

- Art. 8 des Anhangs VII des Statuts für rechtswidrig und unanwendbar zu erklären;
  - die Entscheidungen über die Festsetzung der den Klägern für das Jahr 2014 gewährten Erstattung der jährlichen Reisekosten aufzuheben;
  - der Kommission die Kosten aufzuerlegen.
-